

Jan Klußmann

Zwangsarbeit in Kiel 1939–1945 Vorstellung eines Forschungsprojektes

*„Brief von Ukraine.
Gruhes (?) Herr Bürgermeister
Guten Tag Stadt Kiel – Stadt
die meine Jugend. Ich
immerfort sich erinnern Kiel.“*

Mit diesen in etwas ungelenktem Deutsch formulierten Sätzen¹ leitete Jakob E., Jahrgang 1924, Ende letzten Jahres seine Bitte um eine Beschäftigungsnachweis ein. Welcher Art seine Erinnerungen sind, lässt er offen. Äußerlich geprägt waren sie – wie für so viele seiner Generation – von der Erfahrung der Zwangsarbeit. In seinem Fall hieß das: mit ca. 17 Jahren 1943 Abtransport nach Deutschland zur Arbeit bei einer Kieler Sanitärfirma, Leben im Lager Drachensee, 1944 drei Monate Haft in einer „Polizeistrafanstalt“ (AEL Nordmark?), schließlich bis zum Kriegsende die Verwendung für Bahnarbeiten im Streckenabschnitt Rendsburg-Schleswig.

Schreiben wie das von Jakob E. machen nicht nur die Aktualität des Themas Zwangsarbeit deutlich. Sie verweisen zugleich auf das Problem der Betroffenen, ihren individuellen Erinnerungen wie ihren kollektiven Erfahrungen Gehör zu verschaffen. In Deutschland ist die Geschichte der NS-Zwangsarbeit bekanntlich erst mit der Entschädigungsdiskussion in das Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit gerückt.

Auf Beschluss der Kieler Ratsversammlung wurde Mitte August letzten Jahres im Rahmen einer ABM-Stelle am Stadtarchiv ein Forschungsprojekt begonnen, das die Geschichte der Zwangsarbeit für den Bereich der Stadt Kiel aufarbeiten soll.

Ziel des Projektes ist zum einen das Sammeln von Informationen und Quellen zur Zwangsarbeit in Kiel während des Zweiten Weltkriegs. Neben der Archivrecherche werden dazu eine Fragebogenaktion bei ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern und Befragungen Kieler Zeitzeugen durchgeführt. Zum anderen wird das erschlossene Material anhand mehrerer Fragestellungen ausgewertet, wobei außer den Rahmenbedingungen des Zwangsarbeitereinsatzes insbesondere der „Alltag“ von Zwangsarbeit untersucht werden soll. Dazu ist neben den Arbeits- und Lebensbedingungen der Betroffenen auch nach ihrem Verhalten und – soweit durch die Quellen erschließbar – nach ihrer Wahrnehmung zu fragen.² Zu diesem Komplex gehört ferner das Verhältnis der Zwangsarbei-



Abb. 1: Postkartenmotiv des Gemeinschaftslagers „Zur Hochbrücke“ im Stadtteil Wik, während des Krieges eines von über 100 Zwangsarbeiterlagern in Kiel

ter³ untereinander und zur deutschen Bevölkerung. Umgekehrt ist auch das Verhalten der deutschen Bevölkerung in den Blick zu nehmen, als Kollegen auf der Arbeitsstätte, als Arbeitgeber usw.

Das Projekt unterstützt außerdem die laufende Bearbeitung der aktuellen Anfragen ehemaliger Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen, die Beschäftigungs- und Aufenthaltsnachweise für die Zeit ihrer Zwangsarbeit benötigen.

Folgende Quellengruppen und Informationsmöglichkeiten werden für das Projekt genutzt:

In den Beständen des Stadtarchivs Kiel gibt es eine Reihe von Akten, die die unterschiedlichsten Aspekte des Zwangsarbeitereinsatzes, freilich oft nur fragmentarisch, beleuchten. Informationen liefern sie insbesondere zur Erlasslage, zum Bau von Gemeinschaftslagern, zur Beschäftigung von „Fremdarbeitern“ in verschiedenen städtischen

Ämtern und Betrieben (Städtisches Krankenhaus – hierbei auch zur medizinischen Versorgung von Zwangsarbeitern und -arbeiterinnen –, Theater, Stadtwerke), zu ausländischen Opfern bei Luftangriffen usw. Die Einwirkung der DAF auf den Zwangsarbeitereinsatz ist außerdem dokumentiert durch Akten, die durch die Tätigkeit des Betriebsobmannes der Stadtwerke und späteren Hauptbetriebsobmannes der DAF für die gesamte Stadtverwaltung, Waldemar Kanehl, entstanden sind.

Im Archiv der Kieler Meldebehörde ist noch ein Teil der Lagerbücher für die damals in Kiel bestehenden Arbeiterlager vorhanden⁴; die privat oder in kleineren Sammelunterkünften untergebrachten „Fremdarbeiter“ lassen sich außerdem in den im Rahmen des polizeilichen Meldewesens angelegten „Hausbüchern“ nachweisen. Aufgrund des außerordentlich großen statistischen

Aufwandes wurde von einer vollständigen Erfassung der in den Meldebüchern notierten „Fremdarbeiter“ bis auf weiteres abgesehen, zumal für eine Ermittlung der ungefähren Gesamtzahl der in Kiel eingesetzten Zwangsarbeiter die Meldeunterlagen der angrenzenden ländlichen Verwaltungsbezirke zu berücksichtigen wären.

Die Meldebücher werden jedoch fallweise für einzelne Fragestellungen ausgewertet. Im Übrigen sind in den Haus- und Lagerbüchern die Arbeitgeber der verzeichneten Personen nicht notiert; nur in solchen Einsatzbereichen, bei denen Wohn- und Arbeitsort identisch war – wie etwa im Falle des Städtischen Krankenhauses –, lässt sich der „Ausländereinsatz“ für einen einzelnen Betrieb über die Meldeunterlagen nachzeichnen.

Ausgewertet werden außerdem die Anfragen ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter um Aufenthalts- und Beschäftigungsnachweise, die im Rahmen der Entschädigungsdiskussion seit etwa 1998 bei der Stadtverwaltung einlaufen.⁵ Insgesamt sind – mit stark steigender Tendenz – bis Mitte März 2001 rund 360 derartige Anfragen eingetroffen. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Schreiben aus der Ukraine. Zu kleineren Teilen stammen sie aus Polen und Tschechien, zu einem geringen Grade auch aus Weißrussland, Russland und Übersee⁶ sowie – bislang – in Einzelfällen aus Westeuropa (Belgien und Niederlande⁷). Sie liefern Aufschlüsse über Arbeitgeber und Arbeitsplatzwechsel, über die ausgeübten Tätigkeiten, über die vorrangig für „Ostarbeiter“ genutzten Lager, über Deportationswellen und – zumindest in eini-

gen Fällen – auch über den erfahrenen und erlittenen Alltag von Zwangsarbeit. Allerdings ist die spezifische Schreibmotivation der Briefautoren zu berücksichtigen, durch die der Informationsgehalt stark gefiltert wird.⁸ Auffallend ist im Übrigen, dass die Erinnerungsleistungen – etwa hinsichtlich der Namen und Lage/Adresse von Unterkünften und Arbeitgebern – außerordentlich voneinander differieren. Vielleicht ist dies ein Indiz dafür, dass der – in der Mehrzahl – erzwungene Aufenthalt in Kiel individuell sehr unterschiedlich erlebt und verarbeitet worden ist.

Der im Rahmen dieser Anfragenbearbeitung entstandene Adressenpool wird für eine Fragebogenaktion unter ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern in der GUS und in Polen genutzt, die zurzeit anläuft. Der Fragebogen wird außerdem den Antworten von zukünftigen Anfragen beigelegt werden. Er fragt nach dem Weg nach Deutschland bzw. Kiel, nach Unterbringungs-, Versorgungs- und Arbeitsverhältnissen, ferner nach den sozialen Beziehungen. Ein letzter Abschnitt ist den Nachkriegserlebnissen und der eigenen Einschätzung des während der Zwangsarbeit Erlebten gewidmet.

Durch Aufrufe in der Presse vom Frühjahr und Herbst letzten Jahres sowie durch eigene Recherchen konnten eine Reihe von Berichten deutscher Zeitzeugen gewonnen werden, ferner wurde in einigen Fällen privates Quellenmaterial zur Verfügung gestellt. Die Zeitzeugen waren während des Zweiten Weltkriegs zumeist Kinder; nur selten finden sich auch Personen darunter, die noch den Alltag in einem Betrieb miterlebt haben.

Ein hervorstechendes Merkmal in den Erzählungen der deutschen Zeitzeugen ist die Erinnerung an den Hunger, den Zwangsarbeiter – bzw. Kriegsgefangene; eine Differenzierung fällt den befragten Personen hier oft schwer – aus Osteuropa litten. Verbunden sind solche Erzählungen oft mit Hinweisen auf Hilfeleistungen, die man selbst oder die das nähere soziale Umfeld (Eltern, Nachbarn usw.) zu geben suchte.⁹ Ein wiederkehrendes Moment in diesen Schilderungen sind zugleich die Ängste vor Denunziation und die Prügelstrafen für Zwangsarbeiter, die solche Hilfeleistungen entgegennahmen.

Die alltägliche Diskriminierung, die Menschen aus Osteuropa auch durch Passanten, Anwohner usw. erfuhren, findet dagegen kaum Erwähnung und ist auch aus den archivarisches Quellen oft nur schwer herauszulesen. Schilderungen von Zeitzeugen, die als Zwangsarbeiter nach Kiel kamen, bilden hier das notwendige Korrektiv.¹⁰

Die – vormalige – Versorgung und Verkehr Kiel GmbH (VVK) ermöglichten die Einsicht in Unterlagen aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs. Es handelt sich dabei vor allem um ältere Personalunterlagen der Stadtwerke. Hierbei wurden zunächst die Angaben der Personalkartei über Ausländer zwischen 1939 und 1945 aufgenommen. Vorhanden sind außerdem in großem Umfang auch die eigentlichen Personalakten für den Untersuchungszeitraum, darunter auch jene für die bei den Stadtwerken eingesetzten ausländischen Arbeitskräfte.¹¹ Nach Stichproben finden sich in den Personalakten Unterlagen auch für „Fremdarbeiter“, die in der Personalkartei nicht aufgenommen sind (so für

„Ostarbeiter“ und Polen, die in der Kartei auffallenderweise gänzlich fehlen).

Zusammen mit der Überlieferung im Kieler Stadtarchiv und Zeitzeugenberichten besteht so für die Stadtwerke die Möglichkeit, anhand eines einzelnen Betriebes die Geschichte der Zwangsarbeit auf einer Mikroebene in den Blick zu nehmen. Zwischen 1939 und 1945 waren – der Personalkartei zufolge – insgesamt mindestens 400 „Fremdarbeiter“ bei den Stadtwerken beschäftigt. Sie machten ungefähr ein Viertel bis ein Drittel der Gesamtzahl der im Krieg bei den Stadtwerken beschäftigten Personen aus.

Die Personalunterlagen liefern Aufschluss über die wechselnde Zusammensetzung der jeweiligen Nationalitäten im Laufe des Krieges: Zunächst war eine hohe Anzahl von Dänen und Tschechen dort beschäftigt. Die Dänen, die bekanntlich zumeist kurzfristige Verträge hatten, verließen ab ca. 1942 in großer Zahl die Stadtwerke und kehrten – das lässt sich auch für andere Betriebe erkennen – nach Dänemark zurück. Zunehmend kamen stattdessen Niederländer, Belgier, Franzosen und Angehörige anderer Nationalitäten zu den Stadtwerken. Wie hoch der Anteil der „Ostarbeiter“ und Polen an der Belegschaft der Stadtwerke war, lässt sich noch nicht abschätzen. Nach Zeitzeugenberichten scheinen diese z. T. nur bei Bedarf, etwa für die Leerung von Kohlewaggons, angefordert worden zu sein und wurden daher von der Personalverwaltung nicht erfasst.

Interessant sind die Personalunterlagen – dies gilt auch für die unten genannten Unterlagen anderer Firmen – insbesondere dadurch, dass sie über die



Abb. 2: „Ostarbeiter“ im Lager „Holsteinplatz“ („Hagenuk II“) an der Projensdorfer Straße

Angaben der „Austrittsgründe“¹² Hinweise auf Arbeitsbedingungen (z. B. Krankheit) sowie auf Konfliktfelder zwischen den „Fremdarbeitern“ und ihrer Umgebung liefern. Die Quellenlage ermöglicht hierbei auch einen Vergleich mit dem deutschen Teil der Belegschaft.

Es wurde bislang bei weiteren 35 Unternehmen, für die bzw. deren Vorgängerfirmen der Einsatz von „Fremdarbeitern“ belegt ist, angefragt, ob sie Unterlagen aus ihren Firmenarchiven zur Verfügung stellen können. Für eine Reihe weiterer Unternehmen lagen bereits bei Untersuchungsbeginn Aussagen zur Überlieferungssituation vor.¹³ 22 der angefragten Firmen haben bislang geantwortet, zumeist mit dem Verweis, dass Unterlagen zum Thema Zwangsarbeit infolge von Kriegsverlusten oder Umfirmierungen nicht mehr vorhanden seien.

Zwei Unternehmen – J. P. Sauer & Sohn Maschinenbau GmbH & Co. (im

Krieg: Wilhelm Poppe AG) sowie die Max Giese Bau GmbH – ermöglichten freundlicherweise eine Einsichtnahme in ihre Archive. Erhalten sind für Sauer die Lohnkonten der Ausländer für das Jahr 1944, für Giese umfangreiche Lohnkonten der Jahre 1939–1943; für die restlichen Kriegsjahre geht die Zahl der überlieferten Lohnkonten – wahrscheinlich bedingt durch Aktenverluste während des Krieges – stark zurück. Eine Reihe von Informationen zum Einsatz von ausländischen Arbeitskräften enthalten auch die Jahresabschlüsse der Firma Giese ebenso wie Rechnungsunterlagen zu den Rüstungs-Bauarbeiten, die das Unternehmen in Arbeitsgemeinschaft mit anderen Kieler Baufirmen in Norwegen durchführte.

Außerdem konnten Unterlagen der mittlerweile erloschenen Firma A. C. Hansen (Brennstoffhandlung, Ziegelei, Dampferbetrieb) aus Kiel-Wellingdorf ermittelt werden, die den Einsatz von

ausländischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen bis etwa zur Jahreswende 1942/43 belegen.¹⁴

Von den zahlreichen relevanten Beständen im Landesarchiv Schleswig und im Bundesarchiv¹⁵ werden zunächst die Bestände an Gerichtsakten im Landesarchiv ausgewertet. Es konnten rund 190 „Fremdarbeiter“ ermittelt werden, die im Bereich des – heutigen – Kieler Stadtgebietes gearbeitet haben und gegen die Verfahren beim Sondergericht anhängig gewesen sind. Dabei handelte es sich vornehmlich um Westarbeiter (Franzosen, Holländer, Belgier), Dänen sowie Tschechen. Polen finden sich dagegen für das Untersuchungsgebiet unter den Angeklagten nur wenige, sowjetische Staatsangehörige überhaupt nicht. Eine Reihe weiterer Verfahren gegen ausländische Arbeitskräfte, hier auch gegen „Ostarbeiter“, ist in den Beständen des Landgerichts Kiel überliefert.¹⁶

Die Gerichtsakten ermöglichen einen Zugang zu vielfältigen Aspekten des „Alltags“ von Zwangsarbeit. Sie zeigen z. B., wie die individuellen Lebensläufe durch den Krieg und durch die Arbeit in Deutschland geprägt waren. Dies gilt etwa für zwischengeschlechtliche/sexuelle Beziehungen: Eine häufig wiederkehrende Konstellation war, dass Zwangsarbeiter, die in Kiel arbeiteten und ihre Familie im Heimatland zurückließen, in Beziehungen mit „Fremdarbeiterinnen“ lebten, die sie in Kiel kennen gelernt hatten. Die Akten geben häufig auch Hinweise darauf, wie – zumeist per Brief – der Kontakt zu Angehörigen aufrecht erhalten wurde und mit welchen Problemen und emotionalen Belastungen die räumliche Trennung

verbunden war.

Eigentumsdelikte gehörten zu den häufigsten Prozessgegenständen, die vor dem Sondergericht gegen in Kiel arbeitende Ausländer verhandelt wurden. Diese Delikte dürften vielfach durch die allgemein schlechte Versorgungslage motiviert gewesen sein. Sie brachte Menschen in Situationen, in die sie im „normalen“ bürgerlichen Leben vermutlich nur selten gelangt wären. Die in den Gerichtsakten enthaltenen Aussagen und Briefe der Angeklagten und ihrer Angehörigen bzw. Bekannten machen den moralischen Zwiespalt deutlich, in dem sich die Angeklagten befanden.

Es finden sich Verhaltensweisen, die sich schwer in ein Schwarz-Weiß-Schema pressen lassen: etwa wenn ein bereits in Untersuchungshaft befindlicher Franzose seiner ebenfalls in Kiel arbeitenden Freundin rät, weiterhin in ihrem Betrieb zu bleiben, wenn im gleichen Fall die Angehörigen des inhaftierten Franzosen 1943 mitteilen, dass viele aus ihrer Heimatregion nun Arbeit in Deutschland suchen würden.¹⁷ Durch die kriegsbedingte Mangelsituation und Arbeitslosigkeit in den besetzten Ländern war so die Arbeit in Deutschland zeitweilig eine bewusst gesuchte Alternative, was sich freilich mit der späteren Nachkriegs-Wahrnehmung schwer in Einklang bringen lässt.

Widersprüchlich ist z. B. auch das Verhalten eines auf der Kriegsmarine werft arbeitenden Franzosen, der der politischen Organisation „Groupe de collaboration Franco Allemand“ angehörte, zugleich sich aber in einem Brief an seine Freundin über die schlechte Essensversorgung im Betrieb und im Lager beklagte und – unter dem Ein-

druck des alliierten Landungsunternehmens bei Dieppe – den Wunsch äußerte, mitzuhelfen, die Deutschen aus Frankreich zu verjagen.¹⁸

Die Gerichtsakten zeigen weiterhin Möglichkeiten des Untertauchens und des Umgehens der NS-Kontrollorgane. So finden sich Beispiele dafür, dass sich „Fremdarbeiter“ zeitweilig polizeilich unangemeldet in Kiel aufhielten. Es gab Lokale, die vorzugsweise von Ausländern, oft bestimmter nationaler Gruppen, aufgesucht wurden und die als Kommunikationspunkte wie auch als Orte von – in den Augen der Justizbehörden – illegalen Geschäften dienten. Als ein wichtiger Kommunikationspunkt erscheint beispielsweise das Café Reimers in der Holstenstraße, das zunehmend von ausländischen Arbeitskräften frequentiert wurde und in den

Gerichtsakten wiederholt als Ort des Nachrichtenaustauschs und auch als Ort des Kennenlernens erscheint. Über Eigentumsdelikte lassen die Gerichtsakten das ganze Spektrum einer Ökonomie des Notbehelfs und die Praxis und Strukturen der Beziehungen erkennen, die es innerhalb der „Fremdarbeiterschaft“ und – gelegentlich – zwischen ihnen und der deutschen Bevölkerung gab.

Durch die systematische Auswertung von Quellengruppen wie den zuletzt genannten kann, so steht zu hoffen, neben der zahlenmäßigen Entwicklung der Zwangsarbeit und des Agierens der herrschenden Seite auch etwas von der eingangs angesprochenen „Subkultur“ der „Fremdarbeiterinnen“ und -arbeiter in Kiel und ihren Überlebens- und Bewältigungsstrategien eingefangen werden.

Anmerkungen

1. Der Briefautor hat sein Schreiben selbst in deutscher Sprache verfasst, da er nach eigenen Angaben ein Wörterbuch zur Hilfe nahm. Bürger- und Ordnungsamt Kiel, Ermittlungen, Briefbuchnr. 47/2001, Brief vom 27.12.00.

2. Nachdrücklich hat kürzlich Karl-Heinz Roth Kritik an einer Forschungsperspektive geübt, die die „Fremdarbeiter“ ausschließlich als passive „Opfer“ wahrnimmt, und eine stärkere Berücksichtigung ihrer „Subkultur“ gefordert, vgl. Roths Vorwort in Cesare Bermanio/Sergio Bologna/Brunello Mantelli: Proletarier der „Achse“. Sozialgeschichte der italienischen Fremdarbeit in NS-Deutschland 1937 bis 1943, Berlin 1997, S. 13f. Sicherlich hatten italienische Arbeiter – bei aller Geringschätzung durch viele Deutsche – vor dem September 1943 als Angehörige eines verbündeten Staates größere Handlungsspielräume als etwa zur gleichen Zeit die „Ostarbeiter“; dennoch scheint mir Roths Hinweis wichtig, um das Thema Fremd-/Zwangsarbeit in einer erweiterten sozialgeschichtlichen Perspektive

zu betrachten, die nicht nur den Unrechts- und Unterdrückungscharakter der NS-Zwangsarbeit herausarbeiten will, sondern auch nach ihrer inneren Funktionsweise fragt.

3. Die Begriffe Zwangsarbeiter/„Fremdarbeiter“/ ausländische Arbeitskräfte usw. werden im Folgenden synonym benutzt. Zu berücksichtigen bleibt dabei natürlich, dass nicht alle Ausländer zwangsweise nach Kiel kamen und sie je nach Nationalität – und Zeitpunkt – unterschiedlichen Graden von Zwang ausgesetzt waren. Wie auf nationaler Ebene ist aber davon auszugehen, dass sich auch der größere Teil der in Kiel beschäftigten „Fremdarbeiter“ zwangsweise dort aufhielt. Zur Problematik der Begrifflichkeit vgl. etwa Nils Köhler, Die Perspektive der Zwangsarbeitenden. Polen und Ostarbeiter in Schleswig-Holstein, in: Uwe Danker/Robert Bohn, IZRG-Gutachten „Zwangsarbeitende in Schleswig-Holstein 1939–1945“, Schleswig 2000, Typoskr. S. 135.

4. Aufgrund des hohen Arbeitskräftebedarfs

wurde eine Reihe dieser Lager bereits vor Kriegsbeginn errichtet; je nach Überlieferungszustand enthalten die Bücher auch Angaben für die Nachkriegszeit, als viele Lager als Displaced-Persons- oder Flüchtlingslager weitergenutzt wurden.

5. Die Anfragen werden federführend beim städtischen Bürger- und Ordnungsamt bearbeitet, das Stadtarchiv ist bei ihrer Begutachtung regelmäßig eingeschaltet.

6. Diese Anfragen stammen von ehemaligen Zwangsarbeitern aus Osteuropa, die nach dem Krieg in die USA, Australien usw. ausgewanderten.

7. Lt. *Süddeutsche Zeitung* vom 30. 1. 2001 („Bombenangriffe und brüllende ‚Moffen‘“) wird insgesamt mit rund 50.000 Anträgen auf Entschädigung aus den Niederlanden gerechnet.

8. Zunehmend finden bei den Anfragen Vordrucke der Partnerorganisationen bzw. der Hilfsorganisationen vor Ort Verwendung, die nur sehr knappe Daten enthalten.

9. Ulrich Herbert hat das Topoi-hafte dieser Erzählungen deutscher Zeitzeugen betont; Ulrich Herbert, Apartheid nebenan. Erinnerungen an die Fremdarbeiter im Ruhrgebiet, in: Lutz Niethammer (Hrsg.), *Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll. Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930–1960*, Bd. 1, Bonn 1983, S. 233–266; die Erzählmotive (Zustecken von Essen; Angst/Strafen) finden sich jedoch auch z. B. bei polnischen Zeitzeugen, vgl. Valentina Maria Stefanski, *Zwangsarbeit in Leverkusen. Polnische Jugendliche im I. G. Farbenwerk, Osnabrück 2000*, S. 449, 451.

10. Interview mit Frau S. M., 12.3.01 (die Interviewpartnerin wurde 1942 aus der Gegend von

Kursk, Russland, nach Kiel verschleppt). Zu den Erfahrungen von Westarbeitern mit der deutschen Bevölkerung ‚auf der Straße‘ siehe Peter Meyer-Strüvy, „Der Krieg und meine Jugend sind vorbei.“ *Niederländische Zwangsarbeiter in Kiel*, in: *ISHZ* 28 (1995), S. 50ff.

11. Auskunft zum Zwangsarbeitereinsatz bei den Stadtwerken und zum Bau der Gemeinschafts- und anderer Arbeiterlager liefern außerdem Bestände der zu den Stadtwerken gehörenden Wasserwerke, die derzeit im Wasserwerk Schulensee lagern. – Firmenunterlagen der KVAG zum Einsatz von „Fremdarbeitern“ sind dagegen nicht mehr vorhanden, Mitt. von W. Niebergall, Leiter Öffentlichkeitsarbeit der VVK. – Herrn Niebergall habe ich auch für die Zurverfügungstellung von Unterlagen aus seinem Privatarchiv und die Kontaktherstellung zu Zeitzeugen zu danken.

12. Diese werden in der Personalkartei kurz notiert, z. B. Unentschuldigtes Fehlen; Nichtrückkehr vom Urlaub; Haft/Gestapo/„K.Z. Lager“.

13. Für die Zurverfügungstellung von Unterlagen danke ich hierbei Björn Marnau, Kiel.

14. Diese Akten wurden im September 2000 im ehemaligen, heute in städtischem Besitz befindlichen Wellingdorfer Firmengebäude aufgefunden (*Kieler Nachrichten* vom 6.9.2000) und befinden sich zurzeit beim Liegenschaftsam der Stadt Kiel.

15. Dem IZRG danke ich für die Nutzungsmöglichkeit seiner Aktenkartei, die es im Rahmen des Gutachtens „Zwangsarbeitende in Schleswig-Holstein 1939–1945“ erstellt hat.

16. LAS, Abt. 352 Landgericht und Staatsanwaltschaft Kiel.

17. LAS, Abt. 358, Nr. 3409.

18. LAS, Abt. 358, Nr. 2929.

Abbildungsnachweise

Abb. 1: Foto: Privatarchiv W. Niebergall

Abb. 2: Foto: R. S. Godsij/Stadtarchiv Kiel